

**Am 26.09.
die SPD und
Wolfgang wählen!**



**Liebe Genossinnen,
Liebe Genossen,**

der Wahlkampf begegnet uns allorts! Folgerichtig liegt eine besondere Ausgabe der „Soest intern“ in euren Händen. Der Bundestagswahlkampf zwingt uns zu einem bemerkenswerten Balanceakt:

Einerseits beflügeln uns bedeutsame parteipolitische Aktivitäten zur Unterstützung der Partei und unserer Kandidaten Olaf Scholz und **Wolfgang Hellmich** als Möglichkeit zur direkten Kommunikation mit den Bürger*innen. Wir haben Wolfgang Hellmich im Übrigen für diese Ausgabe der Soest intern für einige Worte an euch gewinnen können.

Andererseits bedeuten aufwändige Wahlkampfveranstaltungen einen erheblichen logistischen und zeitlichen Mehraufwand, welcher die personellen Ressourcen unseres Ortsvereins spürbar belastet. Nicht ohne Stolz, möchte ich mich bei allen fleißigen Genoss*innen bedanken, welche in den letzten Wochen, selbstlos und ohne finanzielle Entschädigung, den Begriff Solidarität durch ihr Handeln neu definieren.

Wir sind ein starker Ortsverein, dessen besondere Qualität im sozialdemokratischen Handeln aller Genoss*innen zu finden ist. Eine Veränderung innerhalb des Mitgliederprofils unseres Ortsvereins vollzieht sich spürbar und natürlich. Die beeindruckend hohe Anzahl an Neuge-noss*innen beweist dies offenkundig. Viele Neumitglieder freuen sich über die direkte Einbindung in laufende Projekte wie beispielsweise „Bauen und Wohnen“ oder „Sicherheit in Soest“ und verleihen durch ihre Kompetenz und Kreati-

vität zukünftigen Projekten neue Denkanstöße und Impulse. Zur Beantwortung der bedeutsamen Frage nach der sozialverträglichen Umsetzung der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen erfreuen wir uns einer kontroversen aber immer sachorientierten Diskussion innerhalb des Ortsvereins.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei allen erfahrenen Sozialdemokrat*innen unseres Ortsvereins bedanken, welche durch ihre empathisches und fürsorgliches Verhalten einerseits die Integration aller Neuge-noss*innen in unseren Ortsverein angenehm gestalten und andererseits ihren zweifelsfrei vorhandenen Sach- und Erfahrungsschatz offenbaren, um die zukunftsorientierte Ausrichtung der SPD eindrucksvoll abzubilden. Eine besondere Anerkennung verdient diesbezüglich unser gesamter Ratsfraktionsvorstand unter der versierten Führung von Roland Maibaum.

Für die kommenden Wochen des Wahlkampfes wünsche ich uns allen Zeit, Gesundheit und Muße aber natürlich auch die Besinnung auf bewährte Tugenden.

Die Begriffe Solidarität, Empathie und Kreativität verkommen in unserem Ortsverein nicht zu inhaltslosen Worthülsen sondern erleben eine reale Umsetzung im täglichen Miteinander unserer Mitglieder bzw. Genoss*innen.

Es bedankt sich ...

Euer Marcus



WOLFGANG HELLMICH

Von hier. Für uns in den Bundestag.

**Liebe Genossinnen,
Liebe Genossen,**

es liegen 4 Jahre Regierungsverantwortung hinter uns, in denen unser Koalitionspartner immerzu damit beschäftigt war zu blockieren und wir uns konsequent für unsere Ziele eingesetzt und sie auch gegen den Widerstand umsetzen konnten: Grundrente, Lieferkettengesetz, Kohleausstieg, Fachkräfteeinwanderungsgesetz, ...

Jetzt steht die Bundestagswahl unmittelbar bevor und wir haben mit Olaf Scholz nicht nur den kompetentesten Bewerber um das Kanzleramt, sondern auch den beliebtesten! Auch unsere Umfragewerte kennen nur eine Richtung: nach oben! Das zeigt uns, dass wir mit unseren Inhalten bei den Menschen landen können, wenn wir nur mit ihnen auch reden. Dabei brauchen wir nicht nur auf das Erreichte schauen, sondern können auch selbstbewusst auf das blicken, was wir noch erreichen wollen:

Wer Vollzeit arbeitet, muss von dem Geld auch leben können. Deshalb müssen wir den Mindestlohn anpacken und auf 12€ erhöhen. Wer sich selbständig macht, darf nicht mehr in Schutzlücken und durch unser Netz des Sozialstaates fallen. Deshalb werden wir die Absicherung für (Solo-) Selbständige in der Renten-, Kranken- und Arbeitsversicherung verbessern. Dazu gehört auch, dass auch Beamt*innen, die freien Berufe sowie Mandatsträger*innen der gesetzlichen Rente angehören.

weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1



Europa ist ein Garant für Frieden und Sicherheit. Dafür muss Europa geeint nach Innen und Außen handlungsfähig sein. Deshalb wollen wir die Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Europa schützen und die EU zur modernsten Demokratie der Welt machen. Dazu gehören auch Investitionen in die gemeinsame Wirtschafts- und Innovationskraft, damit Europa der sozialste und innovativste Wirtschaftsraum wird.

In der aktuellen Pandemie haben wir gesehen, wie wichtig ein guter Gesundheitssektor ist. Ob die Zahl der Intensivbetten, die Produktion von Arzneien oder das Gesundheits- und Pflegepersonal: Wir brauchen ein neues Leitbild für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Dazu müssen wir die Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitssektors beenden und die Arbeitsbedingungen für Pflege- und Gesundheitskräfte deutlich verbessern, damit wieder mehr Menschen diese Berufe ergreifen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen. Kämpfen wir gemeinsam für eine starke Sozialdemokratie im Bundestag, wo ich mich weiterhin für Soest und unsere Region einsetzen will. Gemeinsam können wir es schaffen, dass ich wieder in den Bundestag einziehe und Olaf Scholz der nächste Kanzler unserer Bundesrepublik wird!

Glück auf!
Euer Wolfgang

Bürgerbeteiligung

| von Bastian Weber



Das Wort „Bürgerbeteiligung“ geisterte im Kommunalwahlkampf durch nahezu alle Wahlprogramme. Doch was genau soll das eigentlich bedeuten?

Auf den ersten Blick ist klar: die Bürger*innen sollen an politischen Entscheidungen teilnehmen. Was jedoch auf den ersten Blick wirkt wie etwas Besonderes, Modernes, Positives, ist bei näherer Betrachtung keinesfalls so einfach. Zunächst einmal muss man sich vor Augen halten, dass wir in einer Demokratie leben. In einer Demokratie geht alle Macht vom Volke aus. Dass Bürger*innen also an wichtigen Entscheidungen beteiligt werden, ist somit nicht mehr und nicht weniger als eine verfassungsrechtliche Notwendigkeit.

Warum kennen wir das Wort als Ausnahme von der Regel, die vor allem von progressiven Parteien gefordert wird? Das liegt daran, dass sich unsere Staatsorganisation trotz Bekenntnisses zur Demokratie sehr partei- und somit politiker*innen-zentriert darstellt. Dies mag gerechtfertigt sein auf Bundesebene oder noch auf Landesebene, wenn reihenweise Gesetze verabschiedet werden müssen, die für Millionen von Menschen gelten und die eine mehr oder minder große Tragweite haben. Für solche Entscheidungen haben wir Politiker*innen gewählt, die für uns notwendige Entscheidungen treffen. Auf Landesebene ist es ja auch möglich, durch Volksinitiative, -begehren und -entscheid abgetretene Macht wieder zurückzunehmen und Bürger*innen-Interessen durchzusetzen. Dass jedoch auf Bundesebene diese Elemente nicht vorgesehen sind, einige Rechtswissenschaftler*innen eine Einführung selbst durch Verfassungsänderung für unzulässig halten, ist kaum

nachvollziehbar. Zudem vermittelt es den Eindruck, das Volk sei generell in Deutschland bis auf Wahlen der Volksvertretungen machtlos.

Diese Regel, dass Politiker*innen grundsätzlich alles entscheiden, Bürger*innen sich aber in manchen Fällen einschalten können, ist auf kommunaler Ebene bei überschaubaren Bevölkerungsgruppen von mehreren Tausend vor dem Hintergrund der Demokratie kaum noch zu halten. Hier wäre es absolut notwendig, dass bei jeder Entscheidung zunächst untersucht wird, ob es einen Grund gibt, Bürger*innen nicht zu beteiligen. Gerade bei weitreichenden Entscheidungen für das gesamte Stadtgebiet muss das Volk von Beginn an eingeschaltet werden. Dabei heißt Bürger*innen-Beteiligung eben nicht, dass die Verwaltung und ggf. ein Ausschuss oder der Rat ein Konzept entwickeln und die Bürger*innen dies abnicken sollen. Es sollte stets das Ideal sein, dass die späteren Entscheidungsträger*innen den gesamten Entscheidungsprozess an dem Willen des Volkes ausrichten. Das bedeutet ganz einfach gesagt, dass ganz zu Beginn den Bürger*innen mit einem weißen Zettel gegenübergetreten wird und die Ideen des Volkes zur Grundlage der weiteren Planung gemacht werden. Dazu gehört, dass die Verwaltung und die Volksvertreter*innen die Machbarkeit erarbeiten und einen sinnvollen Ausgleich der Interessen herbeiführen. Denn das ist Auftrag an die Politik: Nicht die eigenen Ziele zu verfolgen, sondern die Ideen und Vorstellungen des Volkes als Richtwert nehmen und sie sinnvoll umzusetzen.

Zu nicht mehr und nicht weniger zwingt uns unsere Verfassung. Es ist im Grunde nichts Besonderes oder Modernes, Bürger*innen an

Fortsetzung von Seite 2

Entscheidungen zu beteiligen, sondern die Verwirklichung eines Staatsziels, das seit 1919 in Deutschland existiert.

Mit dem Ende der Monarchie endete auch in Deutschland das Prinzip, wonach Entscheidungen im Geheimen, im Kabinett des Monarchen und von Geheimen Räten geschlossen wurden. Seitdem müssen politische Prozesse offen und transparent durchgeführt werden. Neben die Beteiligung tritt also die Information, die umso wichtiger wird, je weniger das Volk beteiligt wird. Nur so kann garantiert werden, dass Politiker*innen am Ende ihrer Amtsperiode zur Rechenschaft gezogen werden.

Daher ist es Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen für Beteiligung und Information der Zeit anzupassen. Bürger*innen-Versammlungen waren schon vor Corona nicht mehr *das* Mittel der Wahl. Es müssen Plattformen geschaffen werden, auf der alle Bürger*innen allumfassend informiert werden und barrierefrei jederzeit zu Vorhaben Stellung nehmen oder neue Impulse geben können. Ansätze sind dabei in Soest vorhanden, jedoch ist die Internetseite „mitdenken-soest.de“ allenfalls ein Ansatz. Selbstverständlich kann das Internet nicht das einzige Medium sein, über das man Bürger*innen erreicht.

Wir als SPD wollen daher Wege ermitteln, wie wir ein Sprachrohr der Bevölkerung sein können. Wie erreichen wir das Volk und wie erreicht es uns? Zu diesem Zweck haben wir die Projektgruppe „Bürgerbeteiligung“ gegründet. Wer Ideen hat, Erfahrungen einbringen oder sonst einfach mitmachen will, meldet sich bitte telefonisch oder per E-Mail bei Axel Wohlmeiner oder Bastian Weber.

Kontakt Bastian:

Mail: bastian.weber.soest3@gmail.com

Mobil: 0160 - 8 101 551.

SPD
Soziale
Politik für
Dich.

Klinikum Stadt Soest

| von Lucja Beard und Roland Maibaum



© foto: a.gewohn - soest

Nachdem die Querelen um das Klinikum Soest etwas in den Hintergrund getreten sind, vielleicht auch bedingt durch Corona, berichtet unsere Genossin Lucja aus ihrer langjährigen Erfahrung als Krankenschwester im Klinikum Soest:

„Durch die großartigen Mitarbeiter sowie Betriebsrat und Aufsichtsrat ist es gelungen, jetzt etwas Ruhe in das Haus zu bringen. Es gibt gerade jetzt viel zu tun, aber alle haben versprochen, mitzumachen, sodass wir wieder etwas optimistischer nach vorne schauen können. Insbesondere ist das dem langjährigen Engagement von Roland zu verdanken. Wir kämpfen alle weiter, um das Klinikum dahin zurück zu bringen, wo es einmal war. Die neue Geschäftsleitung mit Herrn Schug und Herrn Straub, der neue Betriebsrat weiterhin mit Frau Aden an der Spitze und der neue Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Masanneck kommunizieren und handeln erfolgreich und werden von uns rückhaltlos unterstützt.“

Der neu eingestellte Chefarzt für die Gefäßchirurgie hat bereits einige interessante OP-Verfahren zum Wohle der Patienten vorgestellt. Die pädiatrische Abteilung wird auch wieder mit voller Kraft anlaufen, sodass unsere Kinder wieder in Soest medizinisch versorgt werden können. Und die schwangeren Frauen in Soest können mit dem Bewusstsein, dass im Bedarfsfalle bis zu neun Kreißsäle mit erfahrenen Pädiatern zur Verfügung stehen, der Entbindung, selbst wenn es ein Kaiserschnitt sein sollte, beruhigt entgegensehen. Wir sind mit unseren Abteilungen, die einen Großteil der medizinischen Versorgung abdecken, immer gut gefahren. Dass manches in der Vergangenheit nicht immer rund gelaufen ist, muss man zugeben, es ändert aber nichts an meiner Einschätzung. Ich habe 40 Jahre im Klinikum gearbeitet, und sowohl ich selbst wie auch meine große Familie und mein Bekanntenkreis haben sich dort vertrauensvoll behandeln lassen. Trotz der Größe des Hauses waren wir immer eine große Familie, und die Zusammenarbeit mit den Ärzten habe ich als gut und

herzlich empfunden. Ausgezeichnet hat uns auch die bunte Vielfalt an Nationen unter den Mitarbeiter:innen. Meine Kollegen:innen und ich werden immer für unser Klinikum kämpfen, wenn man uns lässt!“

In den letzten Monaten ist es um das Klinikum still geworden. Vor allem wohl deshalb, weil es sich während einer Pandemie von selbst verbietet, Einrichtungen, die unter schwierigsten Voraussetzungen Menschenleben retten, zu kritisieren. Trotzdem interessiert uns natürlich, wie das Klinikum die Krise bisher gemeistert hat und wie es weitergeht. Dazu die Meinung unseres Klinikexperten Roland Maibaum:

Es war nicht die Pandemie, die das auf solche Anforderungen strukturell gut vorbereitete Klinikum in eine schwierige Lage gebracht hätte. Gravierende Probleme für die Mitarbeiter entstanden vielmehr aus einer respektlosen Außen- darstellung unserer unverzichtbaren Versorgungseinrichtung.

Ein medizinisches Geschäftsmodell zum Vorbild für unsere umfassende ortsnahe Versorgung heranzuziehen und monetären Erfolg zur Führungsmaxime zu erheben, hat zum großen Glück der Treue und dem Leistungswillen der Mitarbeiterschaft insgesamt keinen Abbruch getan. Wir sind stolz, dass unser Ortsverein den Vertretern der SPD im Aufsichtsrat stets den Rücken gestärkt hat, wenn es darum ging, mit gutwilligen Vertretern anderer Fraktionen für die unabwiesbaren Forderungen der Belegschaft im Dienste unserer Einwohner zu handeln.

Gemeinsamkeit hatte Erfolg. Das Klinikum hat ab Juni eine Geschäftsführung, die die Fachkompetenz besitzt, in gutem Dialog mit den Mitarbeitern erfolgreiche Prozesse, die in den vergangenen 3 Jahren strapaziösen Fehlleitungen ausgesetzt waren, zu restrukturieren. Das wird allerdings noch ein hartes Stück Arbeit.

Wohnen und Bauen in Soest

| von Lavinia Haupt



Wir vom Soester SPD-Ortsverein haben uns die Mühe gemacht, die neuen Wohnviertel unserer Stadt einmal näher unter die Lupe zu nehmen. In Augenschein genommen wurden: die Wohnbaugebiete "Am Wiesengraben", "Am Ardey", das Kasernengelände "BEN Adam" (Belgisches Viertel) und das noch nicht, aber in Zukunft bebaute ehemalige Strabag-Gelände.

Bei unseren Streifzügen durch die relativ neuen Wohnbaugebiete unserer Stadt, sind einige Bilder entstanden. Ein paar Impressionen möchten wir gerne mit euch teilen.

Was ist bautechnisch gut gelungen? Was nicht? Worauf müssen wir in Zukunft bei der Bebauung Soester Flächen achten? Worauf sollten wir bei der Neugestaltung des ehemaligen Strabag-Geländes als SPD wertlegen?

Innerhalb der Fraktion wurde schon fleißig debattiert und diskutiert. Aber uns ist die Meinung aller Soester Genossinnen und Genossen wichtig! Daher freuen wir uns über eure Anregungen, Ideen oder Kritiken.

© fotos: Lavinia Haupt, Alfred Gewohn

Herausgeber: SPD Ortsverein Soest, Ulricherstr. 26-28, 59494 Soest
Telefon: 0 29 21 / 36 47 21, Fax: 0 29 21 - 1 59 52
Redaktion: Marcus Schiffer (V.i.S.d.P.) (sw), Wolfgang Deyerl (wd)
Satz/Layout: Alfred Gewohn
Soest intern: erscheint vierteljährlich zum Quartalsende.
Nachdruck: nur mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Namentliche oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des SPD OV Soest wieder.
Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen.



... im Internet:
spd-soest.de



... auf facebook
SPD Soest



... auf instagram
spd_soest